

Verabschiedet am 25.06.2016 von der Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen

## Der Brexit und die Schweiz

### Unseren liberalen Weg weiterverfolgen

Die Schweiz kann nicht davon ausgehen, dass sie vom Entscheid des britischen Stimmvolkes profitiert. Die Ungewissheit und Instabilität in Europa wird den Euro schwächen: Der starke Franken wird unser Land, unsere Wirtschaft und unsere Arbeitsplätze unter starken Druck setzen. Die Schweiz und ihre Unternehmen müssen jetzt rasch reagieren und sich agil auf die neue Ausgangslage einstellen. Wir müssen verstärkt dafür sorgen, dass unser Standort Schweiz nicht noch mehr belastet wird und unsere Beziehungen zur Europäischen Union gesichert werden. Ebenso sind die Beziehungen zu Grossbritannien auszubauen. FDP.Die Liberalen will mit ihren liberalen Rezepten der Schweiz die dringend nötige Rechtssicherheit sowie Stabilität ermöglichen. Doch: Panik ist der falsche, entschiedenes Handeln der richtige Weg – **aus Liebe zur Schweiz!**

#### 1. Neuregelung und Ausbau der Beziehungen mit Grossbritannien

Die Schweiz und Grossbritannien sind heute schon wichtige Handelspartner und wirtschaftlich eng verflochten. Da die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Grossbritannien über die Europäische Union geregelt waren, müssen diese nun auf ein neues Fundament gestellt werden. Der Entscheid des Britischen Volkes führt in verschiedenen Bereichen zu offenen Fragen im zwischenstaatlichen Bereich (Freihandel, Luftverkehr, öffentliche Märkte, Zusammenarbeit in Sicherheits-, Asyl- und Polizeifragen, etc.). Das bietet für unser Land auch Chancen – haben doch unsere beiden Länder sehr oft gleiche Interessen.

› **EFTA-Mitgliedschaft von Grossbritannien ist wünschenswert:** Der Bundesrat muss sich rasch für Verhandlungen über eine Mitgliedschaft Grossbritanniens in der EFTA einsetzen. Denn für einen Teil der neuen bilateralen Lücken zwischen Grossbritannien und der Schweiz könnte über die EFTA eine Nachfolgelösung gefunden werden. Für die Schweiz würde dies ausserdem die Position der EFTA in Europa stärken.

› **Bilaterale Beziehungen stärken – parallele Verhandlungen zum Austritt von Grossbritannien:** Der Marktzugang der Schweiz zu Grossbritannien ist sicherzustellen. Wo die EFTA keine Lösung bietet, muss die Schweiz bilaterale Lösungen mit Grossbritannien aushandeln. Der Bundesrat muss in den Bereichen, wo Verhandlungen keinen Aufschub dulden, diese schnellstmöglich aufnehmen – parallel zum Austritt Grossbritanniens aus der EU, dessen Umsetzung mindestens zwei Jahre dauern wird.

## 2. Anhaltende Frankenstärke und wirtschaftliche Konsequenzen

**Der Brexit wird den Euroraum und das Pfund schwächen und den Schweizer Franken stärken. Es kommen daher erneut schwierige Zeiten auf die Schweizer Wirtschaft zu. Überreaktionen sind jedoch kontraproduktiv. Nur die liberalen Rezepte der FDP sind langfristig halt- und finanzierbar und müssen daher nun umso mehr mit voller Kraft durchgesetzt werden. Für die Schweizer Wirtschaft kann die neue und instabile Situation in Europa aber auch eine Chance sein: Neue Firmen können in der Schweiz Wurzeln schlagen. Dies wird uns helfen, die negativen Folgen der Euroschwäche abzufedern – so retten wir Arbeitsplätze und unseren Wohlstand. Dazu braucht es aber gute Rahmenbedingungen. Hier ist die Politik ebenfalls gefordert: Der Bürokratieabbau und die Reduktion der Abgabenlast ist jetzt nicht mehr nur dringlich, sondern überlebensnotwendig.**

- › **Die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank (SNB) ist unantastbar:** Die FDP respektiert die Institutionen und hält die Unabhängigkeit der SNB hoch. Die Politik hat sich nicht in die geldpolitischen Aufgaben der SNB einzumischen. Wir erwarten, dass die Experten der SNB währungspolitisch den für die Gesamtwirtschaft besten Weg wählen.
- › **Stabile und sichere Schweiz als Gegenpol zur Unsicherheit in Europa:** Die Schweizer Standortförderung (insbesondere „Switzerland Global Enterprise“, der Swiss Innovation Park sowie „Swissnex“) ist gefordert, der Exportindustrie der Schweiz neue Märkte zu erschliessen, respektive den Schweizer Standort für ausländische Firmen zu bewerben. Die durch den Brexit ausgelöste Unsicherheit bietet auch Chancen, um Firmen in der Schweiz anzusiedeln oder neue Geschäftsfelder in unser Land zu holen. Die Standortförderung hat sich gezielt auf diese neue Ausgangslage auszurichten. Unternehmen müssen den währungspolitischen Druck nutzen, um Märkte im Ausland zu erschliessen. Die Politik muss mehr denn je für attraktive Standortfaktoren sorgen. Die Förderung eines liberalen Finanz- und Werkplatzes und Versicherungsmarktes und die rasche Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III sind mit dem Brexit noch dringlicher geworden: So sichern wir Arbeitsplätze in der Schweiz, stärken unsere Wettbewerbsfähigkeit und schaffen Rechtssicherheit.
- › **Bürokratieabbau an die Hand nehmen:** Es ist nun höchste Zeit, die Unternehmen in der Schweiz von Bürokratie zu entlasten und unnötige Regulierungen sofort zu stoppen. Die von der FDP eingereichten Vorstösse müssen sofort umgesetzt werden. Zudem fordern wir die sofortige Einführung eines Mehrwertsteuereinheitssatzes. Im Falle einer schweren Rezession soll zudem die Mehrwertsteuer gesenkt werden, um die Konsumentinnen und Konsumenten zu entlasten. Die Möglichkeiten für Kurzarbeit in der Krise sollen weiter zur Verfügung stehen.
- › **Innovation und Exzellenz am Standort Schweiz ausbauen:** Zur Ankurbelung der Innovationstätigkeit muss eine Aufstockung der Kredite der Kommission für Technologie und Innovation (Innosuisse) für Projekte von KMU und besonders betroffenen Firmen in der Exportbranche geprüft werden. Das Ziel der Schweiz muss sein, vollassoziiertes Mitglied von Horizon 2020 zu sein.

## 3. Beziehungen mit der Europäischen Union: Bilaterale JA – Beitritt NEIN

**Die FDP steht vorbehaltlos hinter dem bilateralen Weg. Der Bundesrat muss im Rahmen seiner Möglichkeiten alles tun, um unsere bilateralen Beziehungen mit der Europäischen Union (EU) zu sichern. Denn: Die EU ist der wichtigste Handelspartner unserer Wirtschaft. 54 % unserer Exporte und 73 % unserer Importe werden mit den EU-Staaten abgewickelt. Einer von drei Arbeitsplätzen hängt von den Handelsbeziehungen mit der EU ab. Doch die Umsetzung des Verfassungsartikels zur Steuerung der Zuwanderung stellt diese Beziehung vor Herausforderungen. Mit dem Entscheid von Grossbritannien wird es für uns Land nochmals schwieriger, eine Lösung im gegenseitigen Einvernehmen mit der EU zu finden. Darum muss die Schweiz alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um die Zuwanderung eigenständig zu senken und dabei die bilateralen Verträge nicht zu gefährden.**

- › **Schnellstmögliche Umsetzung unseres harten, aber fairen Zuwanderungskonzepts mit folgenden Elementen:** Drittstaatenmigration steuern: Über strengere Voraussetzungen und konsequente Anwendung des Ausländergesetzes ist die Zuwanderung von Nichterwerbstätigen aus diesen Staaten zu beschränken. Qualifizierte Fachkräfte und ihre Familien sind in der Schweiz willkommen. Vollzugsmängel des Personenfreizügigkeitsabkommens beheben: Im Rahmen des geltenden Rechts müssen Missstände gezielt angegangen werden, damit diese Zuwanderung in unserem Interesse bleibt.
- › **Keine Rückkehr zu einem generellen Kontingentssystem:** Für Drittstaaten soll es weiterhin Höchstzahlen geben. Die FDP will aber keine Rückkehr zu einem generellen, bürokratischen und ineffizienten Kontingentssystem. Eine solche Forderung gefährdet die bilateralen Beziehungen unnötig und ist somit gefährlich. Es ist illusorisch zu meinen, dass die Europäische Union nun der Schweiz in diesem Punkt entgegenkommt.
- › **Inländervorrang als gangbarer Weg, der wie folgt auszugestalten ist:** Zeitlich befristet werden Inländer gegenüber ausländischen Arbeitssuchenden bei Stellenbesetzungen bevorzugt behandelt. Dieser Inländervorrang soll regional in Branchen und Berufsgruppen mit überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenzahlen angewendet werden.
- › **Institutionelle Lösungen und die Umsetzung des Verfassungsartikels zur Steuerung der Zuwanderung sollen separat erarbeitet werden:** Die Frage nach einer institutionellen Lösung und die Frage zur Steuerung der Zuwanderung müssen getrennt behandelt werden.
- › **Keinen weiteren Ausbau der geltenden flankierenden Massnahmen (FlaM):** Es besteht kein Handlungsbedarf für weitere einschneidende Eingriffe in den flexiblen und liberalen Arbeitsmarkt. Gerade in diesen schwierigen Zeiten wären zusätzliche FlaM auch eine unnötige zusätzliche Belastung für die Wirtschaft und damit kontraproduktiv.